

Pfälzische Volkszeitung

KAISERSLAUTERN

Kotten-Evakuierung: Stadt habe alle Kanäle genutzt

Der RHEINPFALZ gegenüber ist im Nachgang der Räumung des Kottens nach dem Fund einer Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg Kritik laut geworden, dass in Kaiserslautern offenbar nicht alle Nutzer der weit verbreiteten Warn-Apps Katwarn und Nina über die bevorstehende Evakuierung informiert wurden. Zur Erinnerung: Vergangene Woche musste alles schnell gehen, nachdem vormittags bei Kanalbauarbeiten in der Kesselstraße eine 250 Kilogramm schwere Fliegerbombe gefunden wurde, die noch an Ort und Stelle entschärft werden musste. Aus Sicherheitsgründen mussten in einem Radius von 300 Metern rund 3400 Menschen ihre Wohnungen und Arbeitsplätze verlassen. Wer beispielsweise sein Auto im Sperrbereich abgestellt hatte, aber in der Innenstadt arbeitet, sei nicht über Katwarn oder Nina informiert worden, hatte also kaum eine Chance, sein Fahrzeug rechtzeitig wegzufahren. Wenn er nicht anderweitig von der Evakuierung erfahren hatte – beispielsweise über die Push-Mitteilung der kostenlosen RHEINPFALZ-App. Mit der Kritik konfrontiert antwortete die Stadtverwaltung: „Der Führungsstab hatte ein Sachgebiet mit einer Mitarbeiterin der Pressestelle besetzt, die mehrere Presse- sowie Warnmeldungen (auch Aktualisierungen) verfasste und die Bevölkerung informierte und warnte.“ Dabei sei auch das Modulare Warnsystem (MoWaS) zum Einsatz gekommen, das sämtliche Warnapps, regionale Rundfunkanstalten und Medien bedient. „Daher muss der Behauptung, es gab keine Warnungen über Apps, widersprochen werden“, betont die Pressestelle. Die Warnungen seien jedoch nur im betroffenen Gebiet angezeigt worden und konnten nur bei Aktivierung der Push-Benachrichtigungen empfangen werden. Die Bewohner im Evakuierungsgebiet wurden zusätzlich durch wiederholende Lautsprecherdurchsagen informiert, so die Verwaltung. |bgi



Die Bevölkerung wurde am Freitag unter anderem mit Lautsprecherdurchsagen informiert. FOTO: VIEW

FDP und AfD: Keine Wahlempfehlung, aber Empfehlung zu wählen

Für die Stichwahl ums Oberbürgermeisteramt am Sonntag, 26. Februar, zwischen Beate Kimmel (SPD) und Anja Pfeiffer (CDU) positionieren sich weder die FDP noch die AfD für eine der beiden Kandidatinnen. FDP-Fraktionsvorsitzende Brigitta Röthig-Wentz sagt, die Bürger sollen sich sehr gut überlegen, wen sie wählen. „Aber auf keinen Fall sollen sie aus Frustration zuhause bleiben. Das ist falsch“, wirbt die Kreisvorsitzende der Liberalen für den Gang zur Wahlurne. Thomas Kürwitz, der Kandidat, den die FDP unterstützte, war im ersten Wahlgang knapp gescheitert.

Für Kürwitz hatte sich auch die AfD positioniert. Deren Mitglieder hätten den unabhängigen Kandidaten gerne in der Stichwahl oder auf dem Chefsessel im Rathaus gesehen, erklärt Dirk Bisanz, Fraktionsvorsitzender der AfD, in einer Pressemitteilung. Mit Kimmel oder Pfeiffer als Oberbürgermeisterin werde sich in Kaiserslautern nicht das Geringste ändern. „Im Prinzip ist es egal, wer von beiden das Rennen macht, es ist, als bliebe Weichel weitere acht Jahre im Amt“, so Bisanz. Die AfD-Mitglieder hätten sich daher klar gegen eine Positionierung ausgesprochen. „Zuhause bleiben ist keine demokratische Option“, betont der AfD-Kreisvorsitzende allerdings. Nur wer sein Wahrecht nutze, könne später berechnete Kritik an Entscheidungen der neuen Oberbürgermeisterin üben. „Und dazu wird es wahrscheinlich mehr als genug Gründe geben“, mutmaßt Bisanz. |dc

SO ERREICHEN SIE UNS

PFÄLZISCHE VOLKSZEITUNG Verlag
Pariser Str. 16
67655 Kaiserslautern
0631 3737-0
Telefon:
Abonnement-Service
Web: www.rheinpfalz.de/meinkonto
(Zustellreklamation, Urlaubsservice, Umzug)
E-Mail: aboservice@rheinpfalz.de
Telefon: 06321 3850146
Privatanzeigen
Web: www.rheinpfalz.de/anzeigen
E-Mail: privatanzeigen@rheinpfalz.de
Telefon: 06321 3850192
Geschäftsanzeigen und Prospekte
Telefon: 0631 3701-6800
Fax: 0631 3701-6801
E-Mail: kaiserslautern@mediawerk-suedwest.de
Lokalredaktion
Telefon: 0631 3737-230/-231
Fax: 0631 3737-246
E-Mail: redkai@rheinpfalz.de

Kampf um Unentschlossene

Am Sonntag entscheidet sich in einer Stichwahl, wer die Nachfolge von Oberbürgermeister Klaus Weichel antritt. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes CMR liegt Beate Kimmel (SPD) in der Wählergunst derzeit vor Anja Pfeiffer (CDU). Doch entschieden ist noch nichts – viele Wähler sind noch unentschlossen.

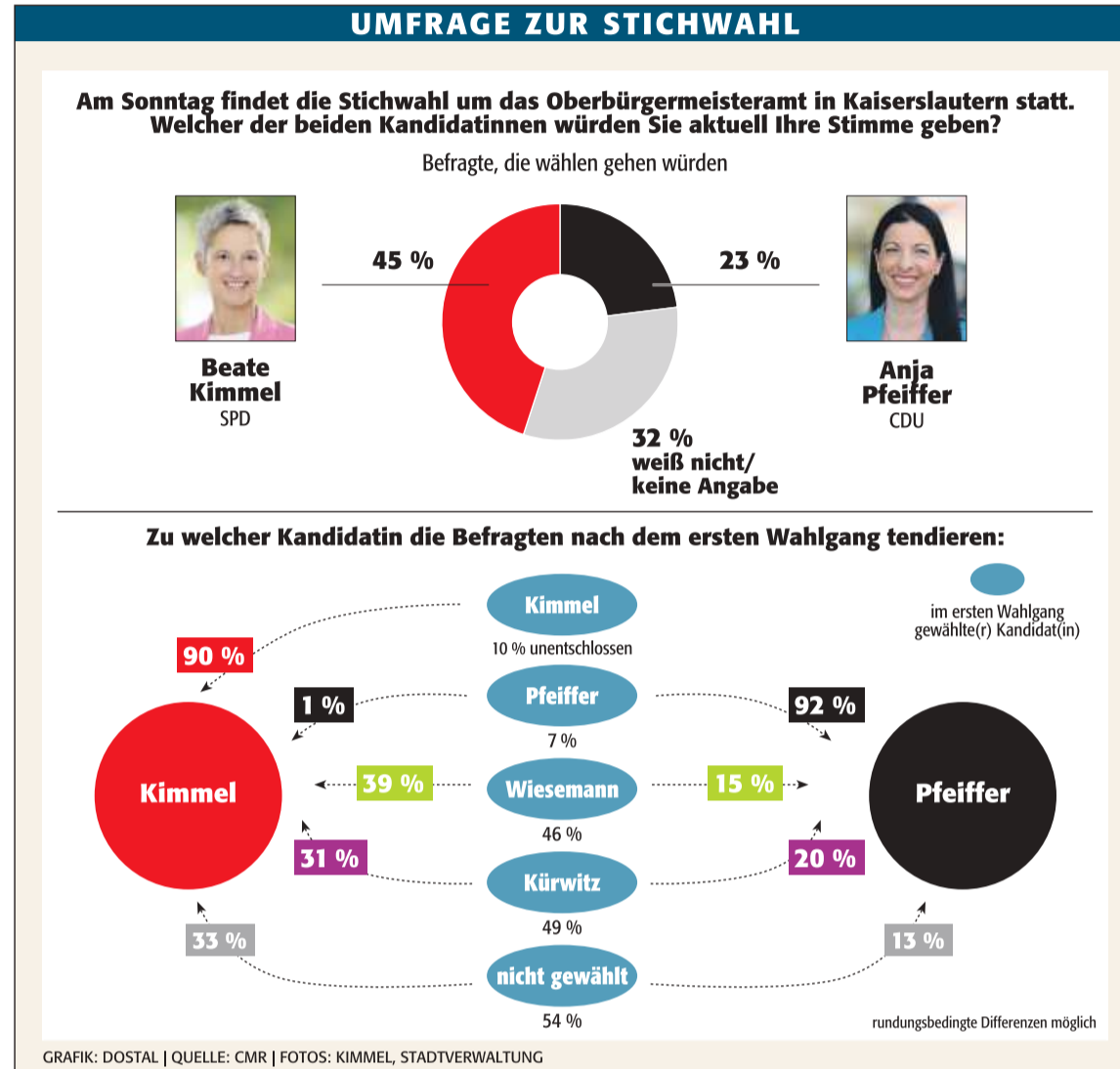
VON CHRISTIAN CLEMENS

500 wahlberechtigte Kaiserslauterer hat das Mannheimer Meinungsforschungsinstitut CMR vom 16. bis 18. Februar befragt, wer sie bei einer Stichwahl aktuell ihre Stimme geben würden. „Die vorliegenden Ergebnisse der OB-Wahl in Kaiserslautern zeigen, dass Beate Kimmel eine starke Unterstützung in der Bevölkerung genießt“, sagt CMR-Vorstand Werner Dieing. Das spiegelt sich auch im Ergebnis der Umfrage wider. Von den 500 Befragten gaben 294 an, dass sie sich bereits für eine Kandidatin entschieden haben. Betrachtet man nur diese Gruppe würden 66 Prozent ihre Stimme Beate Kimmel geben, Anja Pfeiffer käme demnach auf 34 Prozent der Stimmen. Bei den Wählern über 60 Jahren würde Kimmel 69 Prozent der Stimmen holen, bei den Wählern unter 60 Jahren wären es 64 Prozent. Anja Pfeiffer würde dagegen bei den jüngeren Wählern etwas besser abschneiden (36 Prozent) als bei den älteren (31 Prozent).

„Allerdings gibt es auch eine beträchtliche Anzahl von Wählern, die sich noch nicht für eine der beiden Kandidatinnen entschieden haben“, sagt Dieing. 432 der 500 Befragten gaben an, dass sie bei der Stichwahl ihre Stimme abgeben wollen. 45 Prozent der Stimmen dieser Personen würden auf Kimmel entfallen, 23 Prozent auf Pfeiffer. 32 Prozent haben zudem noch keine klare Präferenz ausgedrückt, wen sie wählen wollen, so Dieing. Laut dem CMR-Vorstand haben diese Unentschlossenen oft eine entscheidende Rolle bei Wahlen. Zwar lege das Ergebnis der Stimmungsbefragung nahe, dass Kimmel eine gute Chance hat, die Stichwahl zu gewinnen. Es sollte allerdings nicht als Prognose für das Endergebnis der Wahl verstanden werden. Ein Ergebnis vorherzusagen, sei noch nicht möglich, da dies von vielen Faktoren abhängt, einschließlich der Mobilisierung von Wählern und der Fähigkeit, unentschlossene Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, erklärt Dieing.

Wie die Wähler vor der Stichwahl wandern

Es bleibe abzuwarten, wer in der Lage sei, die Unentschlossenen für sich zu gewinnen. Deshalb kommt Dieing zu dem Schluss, dass die Stichwahl zwischen der amtierenden Bürger-



meisterin Beate Kimmel und der Sozialdezernentin Anja Pfeiffer noch ein enges Rennen werden könnte.

Bei der von der RHEINPFALZ in Auftrag gegebenen Umfrage hat das Meinungsforschungsinstitut CMR nicht nur gefragt, wen die Wahlberechtigten bei der Stichwahl wählen würden, sondern auch, wem sie beim ersten Wahlgang ihre Stimme gegeben haben. So lässt sich nachzeichnen, bei wem die Wählerinnen und Wähler ihr Kreuzchen machen, die am 12. Februar einem der inzwischen ausgeschiedenen Kandidaten ihre Stimme gegeben haben. Betrachtet man wieder die 432 Befragten, die am Sonntag ihre Stimme abgeben wollen, so zeigt sich, dass 39 Prozent derer, die im ersten Wahlgang Tobias Wiesemann (Grüne) ge-

wählt haben, nun für Kimmel stimmen wollen. 15 Prozent der Wiesemann-Wähler tendieren zu Pfeiffer, 46 Prozent sind unentschlossen. Von den Wählern von Thomas Kürwitz (unabhängig) tendieren 31 Prozent zu Kimmel, 20 Prozent zu Pfeiffer, die Hälfte hat sich nicht entschieden. Klar ist die Tendenz dagegen bei den Wählern von Kimmel und Pfeiffer. 90 Prozent der Kimmel-Wähler gaben an, wieder für die SPD-Kandidatin stimmen zu wollen, zehn Prozent sind unentschlossen. Bei der Christdemokraten sagen 92 Prozent, sie wollen erneut Pfeiffer wählen, sieben Prozent wissen es noch nicht. Nicht dargestellt werden die Präferenzen von Wählern, die im ersten Wahlgang für Rainer Rocholl, Evangelos Karanikas oder Katharina

Welsh-Schied gestimmt haben. Laut CMR ist bei der Umfrage die Grundgesamtheit derer, die angaben, einen dieser Bewerber gewählt zu haben, zu gering, als dass sich daraus belastbare Schlüsse auf eine Wahlentscheidung in der Stichwahl ziehen lassen.

Rückschlüsse auf Wahlbeteiligung schwierig

Betrachtet man nicht nur die 432 Befragten, die am Sonntag wählen wollen, sondern alle 500 Angerufenen, sieht man außerdem, dass immerhin 22 Prozent der Kürwitz-Wähler bei der Stichwahl keine Stimme mehr abgeben wollen, bei den Wiesemann-Wählern es nur fünf Prozent. Von den Kimmel-Wählern wol-

ZUR SACHE

Die Methode

Für die Umfrage zur Stichwahl ums Oberbürgermeisteramt hat das Mannheimer Meinungsforschungsinstitut CMR vom 16. bis 18. Februar telefonisch 500 Personen im Alter ab 18 Jahren befragt, die in der Stadt bei der Stichwahl am Sonntag, 26. Februar, wahlberechtigt sind. Erhoben wurde eine repräsentative Stichprobe. Bei den angerufenen Haushalten kam das „Last-Birthday-Verfahren“ zum Einsatz. Befragt wurde also das Mitglied des Haushaltes, das wahlberechtigt ist und zuletzt Geburtstag hatte, so CMR-Vorstand Werner Dieing. Angerufen wurden nur Festnetznummern, da Mobilfunknummern nicht lokal verortet sind, sagt Dieing. Die jüngeren Wähler seien so etwas unterrepräsentiert. Laut Dieing wurden die Daten daher anhand aktueller Zahlen des Statistischen Landesamtes Bad Ems unter anderem nach Alter und Geschlecht gewichtet. Der CMR-Vorstand weist darauf hin, dass es sich lediglich um ein Stimmungsbild handelt und nicht um offizielle Wahlergebnisse. Es ist lediglich ein Hinweis darauf, wie die Bevölkerung in einer bestimmten Situation tendenziell wählen würde. Es ist jedoch nicht unbedingt ein Indikator für das Endergebnis einer Wahl. |dc

len fünf Prozent nicht mehr zur Wahl gehen, vier Prozent sind es bei den Pfeiffer-Wählern.

Insgesamt gaben nur 14 Prozent der 500 Befragten an, nicht wählen zu wollen. Dazu kommt der Anteil derer, die noch unentschlossen sind. Wer nun hofft, dass sich angesichts dieses Umfrageergebnisses eine höhere Wahlbeteiligung als im ersten Wahlgang abzeichnet – rund 35 Prozent der Wahlberechtigten hatten ihre Stimme abgegeben – der täuscht sich vermutlich. Laut Meinungsforschungsinstitut nehmen viele Wähler, die keine Stimme abgeben wollen, und Menschen, die an der Wahl grundsätzlich kein Interesse haben, nicht an Umfragen zu Wahlen teil. In Sachen Nichtwähler könne es daher eine Verzerrung geben.

Züge „tanken“ an Bahnhöfen Strom

Ab 2027 sollen hochmoderne Züge von Kaiserslautern aus durchs Glan- und Lautertal rollen. Dank Akku schaffen es die klimafreundlichen Triebwagen bis zu den Bahnhöfen in Kusel und Lauterecken. Dort werden eigens große Ladestationen gebaut. Die Verantwortlichen malen die Zukunft in schönsten Farben, finden aber auch ein Wort für die aktuelle Misere.

VON SABRINA SCHREINER UND CHRISTIAN HAMM

Leise, umweltfreundlich, komfortabel: In den Wagen der neuesten Schienenfahrzeug-Generation solle das Bahnfahren so richtig Spaß machen. Das versprechen der Zweckverband Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz - Süd und die Deutsche-Bahn-Tochter DB Netz. Ab Ende 2026, Anfang 2027 sollen mit elektrischer Energie angetriebene Züge auch zu den Bahnhöfen in Lauterecken und Kusel rollen. Und dies, obgleich bislang weder die Lautertal- noch die Glantalstrecke elektrifiziert sind.

Wie das funktioniert, das haben Michael Heilmann, Geschäftsführer des Nahverkehrs-Zweckverbands, und Gesamtprojektleiter Manuel Kreuzer von der Deutschen Bahn jetzt den politisch Verantwortlichen in Kusel und Lauterecken präsentiert. Denn an den Bahnhöfen in Kusel und Lauterecken gibt es zusätzlich noch einiges zu tun. Den Fahrplan kennen die jeweiligen Stadträte. Damit verbundene Bauarbeiten aber sollten zu verkraften sein: Immerhin bringe die Bahnhoftszukunft hier wie dort Vorteile. Zum Beispiel merklich weniger Lärm. Den Zug werde man fahren hören, jedoch wird er im Gegensatz zu den Dieselfahrzeugen beim Stehen lautlos sein. Das Dröhnen



Derzeit sind im Lautertal vermehrt alte Züge unterwegs, um weitere Ausfälle zu vermeiden. FOTO: FINN HOLLER

warmlaufender Dieselmotoren solle bald der Vergangenheit angehören, versprach Heilmann.

Ohnehin waren Neuanschaffungen fällig, eine Ausschreibung hatte angestanden. Wieder hat die Bahn-tochter DB Regio als wirtschaftlich günstigster Bieter das Rennen gemacht, wie Heilmann erläuterte. Man habe sich vorab über eine zukunftsfähige Antriebsart Gedanken gemacht und sich – nicht zuletzt ge-

stützt auf Fachgutachten – für Elektroantrieb entschieden. In spätestens dreieinhalb Jahren sollen in der gesamten Pfalz auf insgesamt 240 Kilometern Bahngleisen 44 neue Züge rollen, die umweltfreundlich und in absehbarer Zeit sogar klimaneutral sind. Letzteres verspricht man sich laut Heilmann im Zuge der Möglichkeit, in absehbarer Zeit Ökostrom nutzen zu können. Die neuen Fahrzeuge sind im

Kern Elektrotriebwagen. Damit sie aber auch bis Kusel oder Lauterecken kommen, müssen sie mit zusätzlichen Akkus ausgestattet werden. Die aufladbaren Stromspeicher sollen es erlauben, dass die Züge aus eigener Kraft von Kaiserslautern bis Lauterecken und umgekehrt gelangen. Gleiches gilt für den Endhaltepunkt Kusel, von dem aus die Distanz bis Landstuhl zu überwinden ist. Ab dort ist die Strecke elektrifiziert.

Bis Kusel und Lauterecken aber führen nach wie vor keine Oberleitungen. Die sollen auch nicht gebaut werden, die Teilstrecken seien mit den Akkus zu bewältigen. Allerdings müssen diese an den beiden Stationen wieder aufgeladen werden. Deshalb gilt es sogenannte Oberleitungsinselnanlagen zu bauen. Gleisabschnitte von etwas mehr als 300 Metern sollen mit Oberleitungen ausgestattet werden. Die erlauben dann das Aufladen der Akkus. Manuel Kreuzer erklärt, dass die sogenannten Ladeunterwerke wie eine Fertigarage aussehen. In Lauterecken sollen die Bauarbeiten Anfang bis Mitte 2026 starten.

Pfalzweit müssen nur fünf dieser Oberleitungsinseln gebaut werden, um das gesamte Netz zu schließen und überall mit Elektroantrieb hin zu gelangen: in Landau, in Winden (Landkreis Germersheim), an der Biebermühle (Bahnhaltelpunkt Pir-

masens Nord) sowie die beiden im Kreis Kusel.

Taktung bleibt gleich

Der Zweckverbandsgeschäftsführer betonte, dass die neuen Fahrzeuge nur Vorzüge böten. So sollen die neuen Züge barrierefrei sein – durch den ebenerdigen Ein- und Ausstieg sowie eine behindertengerechte Toilette. Der Komfort solle merklich steigen. Neben mehr Sitzplätzen wird es WLAN und Echtzeitkundeninformationen geben. Heilmann bezifferte auch, welche Größenordnung das Projekt bei der Abkehr von fossilen Brennstoffen bringe: DB Regio spare ab der Einführung rund fünf Millionen Liter Diesel pro Jahr.

An der Taktung solle sich auf den Strecken nichts ändern. Jedoch zeigten sich Heilmann und Kreuzer überzeugt, dass durch die höhere Beschleunigung des E-Triebwagens eine Art Pünktlichkeitspuffer herauszufahren sei, sodass die Fahrplanstabilität steigen werde.

Die Gegenwart allerdings sieht noch ganz anders aus: Laut Heilmann fahren derzeit alte Züge, um weitere Ausfälle zu vermeiden. Vor allem auf der Lautertalbahn kommt es seit Herbst immer wieder zu Zugausfällen. Der Zweckverbandsgeschäftsführer nannte die Situation „unbefriedigend“.